

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt 2619, Aden & Comp., Nr. 20619.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: G. B. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ländern monatlich 7,25 M. Nr. 20619. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wetzlarerplatz 10, Tel. 25 201. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wetzlarerplatz 10, Tel. 25 201. Veröffentlichung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Hauptzeile 1,50 M. Familienanzeigen 1,20 M., die 8-spaltige Kleinanzeige 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 20 M.

Nr. 122

Dresden, Montag den 31. Mai 1920

| 31. Jahrg.

Magnete der Blutopfer

Das deutsche Volk ist bekanntlich zum Zusammenbruch und Weibbluten getrieben worden, weil sich die Annerzionisten dem von der Sozialdemokratie geforderten rechtzeitigen Verständigungsfrieden mit Sünden und Büßen widersetzten und ihn mit allen Mitteln hintertrieben. Als Scheidemann das bekannte Wort prägte: „Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch, was deutsch ist, soll deutsch bleiben“, brodie die Kreuzzeitung, man müsse Scheidemann „auf den Sandhaufen stellen“. Wegen den Verständigungsfrieden wurde dann von der Ludendorff'schen Klasse in den Jahren 1916/17 in mühevoller Weise gehetzt, bis dann am 1. Oktober 1918 Ludendorff selbst nach dem Verständigungsfrieden schrie — als er nicht mehr zu haben war, weil Deutschland alle Krämpfe verpielt hatte und die Niederlage klar zutage lag.

Der Verräther, an dem die mehrfach auftauchende Möglichkeit eines Verständigungsfriedens sich immer wieder geriet, war das Jahr verhalten der alldeutschen Eroberungspolitik an der offenen oder versteckten Annerzion Belgiens. Ohne eine vorherige bedingungslose Freigabe Belgiens seitens Deutschlands war zu Verhandlungen nicht zu kommen. Das wollte jeder Volkstier in Deutschland, das mußte sogar Herr Michaelis, der als Vertrauensmann der Obersten Generalsektion Reichsfangler geworden war, denn er berichtete:

Am 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die so ferliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der persönlichen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Nachdem der Kaiser die Vertreter der Arme und Marine aufgefordert hatte, ihre Ansichten vorzutragen, sprach sich der Chef des Auswärtigen Amtes aus, daß die sandrißige Klasse in deutscher Hand bleiben müsse.

Man würde jedoch schwer in der Annahme irren, wenn man glaubt, daß nur militärische Kreise und militärische Gründe hinter der Forderung auf Belgien standen. Viel höher und beharrlicher noch als die Militärs arbeitete die Schwerindustrie auf die Annerzion Belgiens hin. Sie stellte ihre Millionen für die Annerzionpropaganda zur Verfügung, die in der Angliederung Belgiens an Deutschland gipfelte. So heißt es in der Eingabe der sechs großen Wirtschaftsverbände (darunter Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und Bund der Landwirte) vom Frühjahr 1915 wörtlich:

Belgien muß wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegänge, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gegenüber England und wegen des engen Zusammenhanges des wirtschaftlichen so bedeutenden Gebietes mit unserm Hauptindustriengebiet, militär und politisch sowie hinsichtlich des Wäns, Bank- und Postwesens der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Eisenbahnen und Wasserstraßen sind unserm Verkehrswesen einzugliedern.

Herr Stresemann, der berufliche Vertreter schwerindustrieller Interessen, jetzt Führer der Deutschen Volkspartei, sprach am 8. Juni 1915 in Frankfurt a. M.:

... Für das, was der König von Bayern auf dem Nationalversammlung in Würzburg ausgesprochen hat, müssen wir ihm danken. Es muß ein Ruf kommen durchs deutsche Volk gehen, daß ein deutscher Bundesrat es ausgesprochen hat, daß wir den neuen Weg zum Meer, den wir uns erkauft haben, uns nicht mehr nehmen lassen wollen.

Derselbe Stresemann führte am 6. April 1916 im Reichstag aus:

Soll Belgien nicht wieder ein Staat für unsre Feinde werden? Es muß nicht nur der Status quo ante (der Zustand, wie er war, ausgeschlossen sein, sondern die militärische, politische und wirtschaftliche Übergabe Deutschlands muß gewährleistet sein.

Welches waren die Gründe, aus denen die Schwerindustrie sich mit aller Macht auf Belgien stürzte? Wir wollen hier nicht alle Gründe erörtern, aber einen der wesentlichsten erinnern wir uns, daß der Hauptgeldgeber und eigentliche Hintermann der von Stresemann geführten Deutschen Volkspartei, der rheinische Großindustrielle Hugo Stinnes ist, den die Deutsche Volkspartei als den wirklichen Lenker ihrer Politik denn auch an hervorragender Stelle auf ihre Reichsliste gesetzt hat.

Für Herrn Hugo Stinnes aber bedeutete die Annerzion Belgiens ein Geschäft von vielen Hundert Millionen. Bei der sogenannten Liquidation belgischer Werke durch die deutsche Okkupationsverwaltung, die eine Verwertungsmaßregel sein sollte, in Wirklichkeit aber ein großzügiges Gewinnunternehmen für die deutsche Schwerindustrie war, hatte Herr Hugo Stinnes einen Riesensonderertrag von belgischen Kohlenfeldern, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken, Schiffen und Werften usw. für ein Spottgeld erworben. Er war der Gründer und geistige Leiter der drei Essener Gesellschaften, in denen sich die rheinisch-westfälische Schwerindustrie zusammengetan hatte, um lästige Nebenwerke und Konkurrenzunternehmen von diesem Riesensonderertrag auszunutzen. Die drei Essener Gesellschaften besaßen tatsächlich ein Monopol auf den Erwerb der belgischen Industrieanlagen. Die Hauptbeteiligten waren Stinnes, von Haniel und Krupp. Sie teilten sich in den belgischen Raub, sie kauften unter Ausschluß der Konkurrenz zu billigen Preisen die großen Industrieanlagen, dabei ließen sie nicht einmal ein Pfennig für den Fall des Verlustes des Krieges, denn der Kaufpreis wurde in Berlin bei der preussischen Behandlung deponiert und sollte erst nach Friedensschluss gezahlt werden.

Aber der Gewinn des Unternehmens war natürlich nicht zu realisieren, wenn Belgien Deutschland unterstellt blieb, zu realisieren, wenn Belgien Deutschland unterstellt blieb, denn nur dann konnten die Liquidationen rechtlich werden. Für Stinnes und Genossen bedeutet die Annerzion Belgiens einen Milliarden Gewinn, wie er in der

Sechs Tage vor der Entscheidung!

Der Feind des Kleinhandwerks

Wo der Feind des selbständigen Handwerkers steht, darüber schreibt uns ein alter Handwerksmeister das folgende: In allen bürgerlichen Zeitungen sowie in Tageszeitungen erscheinen tagtäglich lange Abhandlungen, daß der Handwerker bei der bevorstehenden Wahl nur einen Handwerker wählen könne, oder doch einen solchen Kandidaten, die dargeben, das Handwerk bedürftig zu sein. Wer sind diese Herren? Es sind in der Hauptsache Emporkömmlinge des Handwerks, die die Sorgen und Sorgen des Kleinhandwerkers nicht kennen oder, besser gesagt, nicht kennen wollen. Es ist Tatsache, daß jeder Handwerker, der sich durch verdienstliche Arbeit zu einer gewissen Stellung emporgearbeitet hat, das Bestreben in sich trägt, sich selbstständig zu betätigen. Er wird sich mit Hilfe seiner erworbenen Mittel Menschen zusetzen, seine Verhältnisse verbessern und dadurch verdienen, Leistungen höher zu werden, und dieser so „leinen Leben Voraussetzungen“ genau dieselbe Konkurrenz, als irgendein anderer Arbeiter.

Das Märchen, die alte Regierung hätte dem Handwerk freundlich gegenüberstanden als die gegenwärtige Regierung, ist unrichtig. Die alte Regierung kaufte dem Handwerk immer große Mittelhandwerksfreundlichkeit vor, konnte dabei aber absolut nichts dagegen tun, daß das Kleinhandwerk von dem Großkapital immer mehr erdrückt wurde. Weil die heutige Regierung dem Handwerker nicht goldene Berge verspricht, gilt sie als handwerkfeindlich. Es wird ihr dabei von gewisser Seite Schand und Brand angedreht.

Wer aber heute verspricht, durch irgendwelche Gesetze oder Palliativmaßnahmen dem Handwerker helfen zu wollen, der läßt offen und bewußt. Es gibt nur ein Mittel in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, das Handwerk leistungsfähig und stark zu erhalten, das ist der genossenschaftliche Zusammenschluß. Die gegenwärtige Regierung ist dem Genossenschaftswesen durchaus freundlich gesinnt, aber die wohlhabenden Handwerker und Gewerbetreibenden hielten sich dagegen. Gemeinamer Einkauf und Produktion ist das Mittel, um dem Handwerker in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung über Wasser zu halten. Der Handwerker hat neben dem Feind wie der Arbeiter, den Kapitalismus. Deshalb müssen wir Handwerker und mit den denkenden Arbeitern solidarisch erklären und am 6. Juni die Liste Buß, Schmidt, Luze wählen, denn der Feind des Handwerks steht rechts.

Die Söhne der Schwerindustrie

In Hamburg ließ die Deutsche Volkspartei wieder einmal das Freigeistertum leuchten, das die ganze Wundstichigkeit dieses Parteigebildes charakterisiert: Herr von Kardoff, der ehemalige Konservativen, Herr Dr. Wiemer, der Fortschrittlermann auf Abbruch, und Herr Stresemann, der schon immer vorhanden hat, sich auf der „mittleren Linie“ als politische Quäntchenmolche hochzuheben.

Stresemann machte interessante Ausführungen über das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Schwerindustrie. Er sagte:

Wir haben uns nicht zu entscheiden, daß Schwerindustrie die ist und sind. Wir sind bedauerlich nicht die Partei der Schwerindustrie. Wir verneinen nicht, daß uns von ihnen Mittel für den Wahlkampf zuströmen, aber besser von ihnen, als aus Staatsmitteln.

Wenn Stresemann mit den letzten Worten hat andeuten wollen, daß den jetzigen Regierungsparteien für den Wahlkampf staatliche Mittel zuströmen, so hat er halt — die Unwahrheit gesagt! Wertvoll aber bleibt sein Augenmerk.

Werbt für die Liste Buß, Schmidt, Frau Luze!

Weltgeschichte kaum selbsterleuchtend gehabt hätte. Damit Stinnes und Genossen dieser Milliarden Gewinn nicht entging, wurde das Volk immer von neuem in den Krieg getrieben, mußten noch Millionen Tote fallen, mußten dadurch 60 Millionen hungern und darben, an Grippe und Unterernährung sterben, mußten Frauen ihre Männer, Mütter ihre Söhne verlieren, mußte Deutschland in das fürchterliche Chaos der Niederlage hineingerannt werden! Best aber sagt man diesem armen Volk, das für Herrn Stinnes Milliarden Unsägliches gelitten hat, mit grinsender Frage: Ihr Schlangenschwänze, warum habt ihr nicht noch ein paar Jahre ausgehalten, es wäre ein so schönes Geschäft für uns gewesen.

Herr Stinnes und seiner Deutschen Volkspartei, die sich Partei des Wiederaufbaues“ schimpft, verbannt das deutsche Volk den entsetzlichen aller Zusammenbrüche — für ihre Milliarden mußte es verbluten. Wähler, denkt daran!

Der drohende Rechtsputsch

Der Redaktion des Vorwärts und verschiedenen amtlichen Stellen ist in den letzten Tagen so unerwartetes und schwerwichtiges Material über die Vorbereitung eines neuen Militärputsches zugegangen, daß man an dem Ernst der verbrecherischen Absichten und an der Größe der Gefahr nicht mehr zweifeln kann. Will man sich nicht selber etwas vormachen, so muß man den Mut haben, zuzugeben, daß nicht nur die Urheber des Kapp-Putsch sich noch frei bewegen können, sondern daß auch die Vorbereiter des neuen Unternehmens an heiligem Tage so arbeiten können, als gäbe es überhaupt keine Gefahr und keine Staatsgewalt, die deren Ausführung überwacht. So konnte der auf schwerste belastete Führer des Frontbundes Hauptmann v. Wesser nicht nur in Berlin eine Versammlung abhalten, die von einem Vertreter des Reichswehrministeriums höchst wohlwollend „überwacht“ wurde, er konnte sogar nach getanem Werk seine Propagandareise nach Estlin ungestört fortsetzen.

daß die Deutsche Volkspartei ihren Wahlkampf auf die Mittel der Schwerindustrie — und wir fügen hinzu: allein auf die Mittel der Schwerindustrie — gründet. Es würde Herr Stresemann auch schwer werden, diese Tatsache zu verneinen, denn Herr Stinnes würde nicht an jeder Stelle auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei stehen, wenn er nicht das Wortemonaie der Partei wäre. Ihm ist gelungen, was der Direktor der Spiritusinteressenten sich durch allzu große Offenherzigkeit verhasst hat: nämlich sich durch Erlangung der Wahlkosten ein hohes Mandat der Deutschen Volkspartei zu erkauen.

Verplappert

Das B. L. hatte geschrieben, daß der Ruf der Rechtsblockwähler zwischen dem 28. und 31. Mai erwartet werde. In Wirklichkeit schreibt dazu die Deutsche Tageszeitung:

Tatsache ist, daß kein Kandidat den Losbruch des Putsches so früh erwartet. Die ganze Frage ist, ob die Kommunisten noch vor den Wahlen loschlagen wollen oder erst nach dem Wuchtag.

Nun ja, das denkt sich ja genau mit dem, was der Vorwärts vor einigen Tagen als Plan der Rechtsblockwähler enthüllte, daß diese nämlich ihr Losschlagen abhängig machen wollten von dem Ausbruch des von ihnen erwarteten und gesteuerten linksblockwählerischen Putsches. Wenn die Deutsche Tageszeitung nur darüber entsetzt ist, daß das B. L. für den ganzen Kummer einen früheren Termin angibt als ihn die Rechtsblockwähler in Rechnung gestellt haben, so weiß man ja nun zur Genüge, woran man ist.

Planlose Wirtschaft

Gerade jetzt müssen wir erleben, daß trotz dem gewaltigen Bedarfe an Gütern allerorts die Fabriken geschlossen werden und taujende fleißige Hände jähern. Was die jetzige Krise eine Folge des Krieges sein, auch vor dem Kriege wurde unser Wirtschaftsleben aller paar Jahre durch eine Krise erschüttert. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird eben planlos gewirtschaftet. Jeder Unternehmer arbeitet darauflos, getrieben von dem Streben nach Profit, meist ohne zu wissen, was der andre tut. So werden Waren erzeugt, die nicht gebraucht werden und Güter nicht erzeugt, nach denen ein Bedarf ist. So wird unser wirtschaftlicher Kreislauf immer wieder gestört. Auf der einen Seite

unverkäufliche Waren,

auf der andern Seite viele Tausende, die, weil sie arbeitslos sind, auch das Notwendigste nicht kaufen können. Der Sozialismus will durch die

Vergesellschaftung der Produktionsmittel

die Herrschaft über die Gütererzeugung der Gesamtheit in die Hände geben, damit nach einem einheitlichen Plan gewirtschaftet, die jetzt durch Krisen entstehenden Verluste vermieden, Rot und Elend gebannt werden können. Deshalb muß der 6. Juni werden:

ein Siegestag der Sozialdemokratie!

In enger Verbindung mit den putschistischen Treiben des Frontbundes steht das gleichgerichtete Verhalten des Nationalverbandes Deutscher Offiziere. Dieser Verband hat nach Mitteilungen des Vorwärts am 27. Mai — wieder in Anwesenheit eines Herrn vom Reichswehrministerium — unter Beisein zahlreicher Generale und Obersten a. D. eine Versammlung abgehalten, in der die Organisierung von Offizierskompanien beschlossen wurde. Als Vorwand zu diesem Beschluß dient die bekannte schon in allen Tonarten abgeleitete Behauptung vom bevorstehenden eines kommunistischen Putsches.

Die Verteidiger seiner Offiziersverbände können nun einwenden, die Offiziere wollten sich ja nur der verfassungsmäßigen Regierung für den Fall eines Putsches zur Verfügung stellen, und dies sei ein durchaus löbliches Beginnen. Aber das ist gerade der springende Punkt. Von Schutz der Verfassung, von Unterstellung unter die Befehle der Regierung ist nicht entfernt die Rede. Vielmehr soll die Mobilmachung vor sich gehen, wenn von einer amtlichen Stelle die Aufforderung erteilt oder die Umstände es geboten erscheinen lassen.

Die militärische Putschzentrale wird dem Befehl zur Mobilmachung für den Bürgerkrieg unter dem Vorwand erteilt, es gebe eine drohende oder schon ausgebrochene kommunistische Bewegung niederzuschlagen. Von dieser kommunistischen Bewegung weiß die deutschnationale und deutsch-volksparteiliche Presse, die wieder mit von der Partie ist, jeden Tag das Genaueste zu berichten, obwohl nicht nur die Zentrale der R. V. D., sondern auch die des R.-A.-V.-D. Gruppens in der bekanntesten Form erklärt haben, es lägen ihnen alle Putschabsichten zur Zeit fern, und obwohl sich im ganzen Lande nichts gerührt hat, abgesehen von dem Bankraub in Sangerhausen, der nachgemischtemarran von einem weiblichen Kodiviel der Militärputschisten arrangiert worden ist.

Ueber den Ernst dieser Pläne der putschistischen Offiziere kann man sich also gar keinem Zweifel hingeben.